
WZBrief Zivil- Engagement

05 | April 2012

Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland

Sebastian Bödeker

Wer besser gebildet ist und ein besseres Einkommen hat, beteiligt sich stärker am politischen Prozess.

Informelles politisches Engagement ist sogar noch stärker die Sache einkommensstärkerer Gruppen.

Soziale Ungleichheit bei der politischen Partizipation kann die Legitimität demokratischen Regierens schwächen.

Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland

Sebastian Bödeker

Seit den 1970er Jahren hat die soziale Ungleichheit in Deutschland zugenommen. Aktuelle Zahlen belegen für die jüngste Zeit sogar eine Verschärfung dieses Trends. Hinsichtlich der Einkommensverteilung ist eine wachsende Differenz der niedrigsten und höchsten Einkommen festzustellen, bei gleichzeitigem Schrumpfen der Mittelschicht. Eine aktuelle OECD-Studie zeigt, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland seit den 1990er Jahren erheblich stärker gewachsen ist als in den meisten anderen OECD-Ländern. Die obersten 10 Prozent der deutschen Einkommensbezieher verdienen achtmal so viel wie die untersten 10 Prozent. Das Vermögen ist in Deutschland allerdings noch weitaus ungleicher verteilt: 1 Prozent der Bevölkerung besitzt etwa ein Viertel des gesamten Vermögens und damit mehr als die unteren 80 Prozent zusammengenommen. Die Chancen, diesen Trend durch das bestehende Bildungssystem umzukehren, sind nicht besonders vielversprechend: Kinder aus bessergestellten Familien haben in Deutschland eine mehr als doppelt so große Chance, ein Hochschulstudium aufzunehmen, wie Kinder aus bildungsfernen Familien. Damit rangiert Deutschland im OECD-Vergleich auch in diesem Bereich am unteren Ende der Skala.

Für Deutschlands Zukunftsfähigkeit ist dies ein alarmierender Befund, und zwar nicht nur angesichts der Notwendigkeit, in den anbrechenden Zeiten des demografischen Wandels alle Lernpotenziale zu nutzen, sondern auch für das demokratische Gemeinwesen insgesamt. Denn eine differenzierte Analyse zeigt, dass auch die Teilnahme am politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess in Deutschland in hohem Maß ungleich verteilt ist.¹

Politisches Interesse – Grundlage des Engagements

Als wichtige Voraussetzung für das tatsächliche politische Engagement gelten einige handlungsbezogene politische Einstellungen, vor allem das politische Interesse und die Überzeugung, selbst etwas politisch verändern zu können. Wem diese Einstellungen fremd sind, der neigt weniger zur Beteiligung am politischen Prozess. Beide Faktoren sind in hohem Maße abhängig von Einkommen und Bildung.

Betrachtet man zunächst beide Faktoren in Abhängigkeit vom erreichten Schulabschluss, ergibt sich ein eindeutiges Bild: Personen mit (Fach-)Abitur zeigen ein überproportional hohes Interesse an Politik, während die Gruppe der Hauptschulabsolventen und Menschen ohne Schulabschluss unter dem Durchschnittswert liegt (Abbildung 1).

Gleichermaßen gilt für die Verteilung nach Einkommensgruppen: Während das unterste Fünftel 2010 lediglich mit 21,6 Prozent „stark“ und „sehr stark“ Interessierten vertreten ist, sind es beim obersten Fünftel 41,1 Prozent, also fast doppelt so viele.

Gleichzeitig lässt sich zeigen, dass die individuelle Überzeugung, Einfluss auf politische Prozesse zu haben, bei bildungsfernen und einkommensschwachen Gruppen der Bevölkerung äußerst gering ausgeprägt ist. Politik wird von sozial benach-

teiligen Menschen häufig als eine Veranstaltung politischer Eliten betrachtet. Die eigenen Einflussmöglichkeiten werden gering eingeschätzt. Somit kommt es zu Mechanismen des Selbstausschlusses, die zu einem noch geringeren politischen Engagement sozial Benachteiligter führen. Das ist insbesondere bei modernen Formen politischer Partizipation der Fall, die auf Eigeninitiative und Flexibilität setzen.

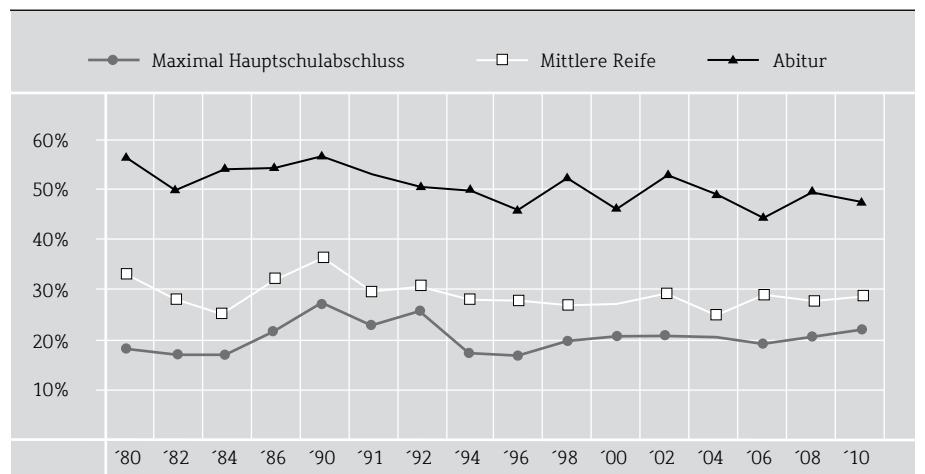


Abbildung 1
Das politische Interesse, je nach erreichtem Schulabschluss
Datenbasis: Allbus (gewichtet)

Bildungsferne bleiben Parteien fern

Auch ein Blick auf politische Mitgliedschaften lässt die Beziehung von sozialer Ungleichheit und politischer Partizipation deutlich zu Tage treten. Die Mitgliederstruktur politischer Organisationen ist keinesfalls repräsentativ für die Sozialstruktur der Bevölkerung, denn bildungsferne und einkommensschwache Gruppen sind in politischen Organisationen unterrepräsentiert. Besonders problematisch ist dieser Umstand für die Mitgliedschaft in Parteien, sind diese doch noch immer die wichtigste politische Organisationsform, wenn es darum geht, Interessen in politische Programmatik zu übersetzen. Die direkte Beteiligung an diesem Prozess steht dabei in vollem Umfang nur denjenigen offen, die Mitglied einer Partei sind. Aufgrund der sozialen Verzerrung der Mitgliederstruktur besteht allerdings die Gefahr, dass Parteien ihrem Integrationsauftrag immer weniger gerecht werden. Dabei spiegeln die hier dargestellten Daten lediglich die Ebene der formellen Mitgliedschaft, in der Leitungsebene der Parteien sind die sozialen Unterschiede noch weitaus gravierender.

Die Mitgliedschaft in den meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen ist in noch höherem Maße von Einkommen und Bildung abhängig (siehe Abbildung 2). Während die Bildungsunterschiede bei der Mitgliedschaft in Wohltätigkeitsvereinen, Hobbyvereinen und Bürgerinitiativen sehr gering sind, lassen sich bei anderen Organisationen größere Unterschiede erkennen. Insbesondere bei der Mitgliedschaft in Menschenrechtsorganisationen und Naturschutzvereinigungen ergeben sich große soziale Verzerrungen. Die Unterschiede bei Parteien und Gewerkschaften sind ebenfalls deutlich erkennbar, fallen jedoch im Vergleich zu anderen politischen Organisationen geringer aus. Menschenrechts- und Naturschutzorganisationen rekrutieren ihre Mitglieder größtenteils aus akademischen Milieus, während Gewerkschaften noch immer als Repräsentanten der kleineren Angestellten oder Arbeiter fungieren.

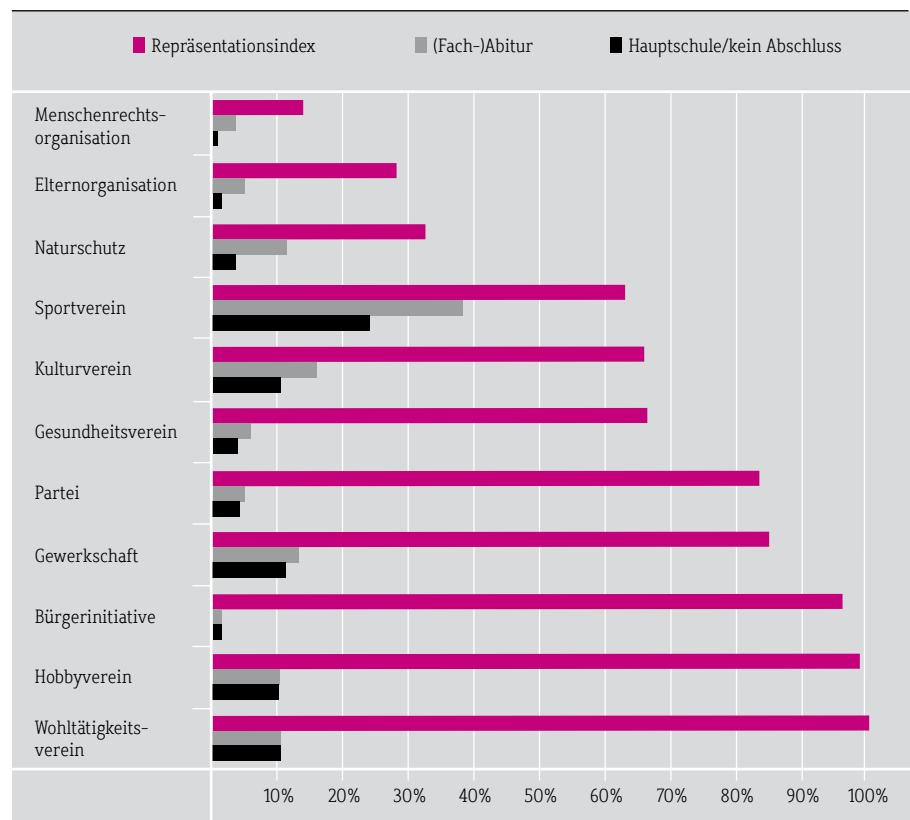


Abbildung 2

Bildungsabschluss und Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen.

Der dargestellte Repräsentationsindex bildet das Verhältnis beider Gruppen zueinander ab. Ein Indexwert von 100 zeigt eine vollständige Gleichverteilung an.

Datenbasis: Allbus 2010 (gewichtet)

Das untere Fünftel der Gesellschaft partizipiert deutlich weniger

Eine besonders wichtige Form der politischen Partizipation für das Funktionieren einer repräsentativen Demokratie ist die Beteiligung an Wahlen. Durch sie wird sichergestellt, dass demokratische Macht legitimiert und Repräsentanten in einem transparenten Prozess ausgewählt werden. Ziel des repräsentativen Systems ist es, die Interessen der Bevölkerung in gleichem Maße zu berücksichtigen. Wenn jedoch ein bestimmter Teil der Bevölkerung mit seiner ganz spezifisch gelagerten Interessenlage bei Wahlentscheidungen systematisch unterrepräsentiert ist, hat dies soziale Verzerrungen zur Folge, die sich langfristig auf das gesamte politische System auswirken können. Das strategische Handeln der politischen Eliten, die um die soziale Verzerrung der Wahlbeteiligung wissen, kann somit insgesamt zu einem System der Interessenvermittlung zu Lasten der sozial Schwachen führen.

Im Gegensatz zu anderen Partizipationsformen hält sich die soziale Verzerrung bei der Wahlteilnahme allerdings in Grenzen. Dennoch lässt sich in den letzten Jahren ein negativer Trend beobachten: Während der Unterschied zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe 1988 gerade einmal 3,7 Prozent betrug, lag dieser 2008 bereits bei 19 Prozent. Der Repräsentationsindex sank somit von 96 Prozent auf 72 Prozent.

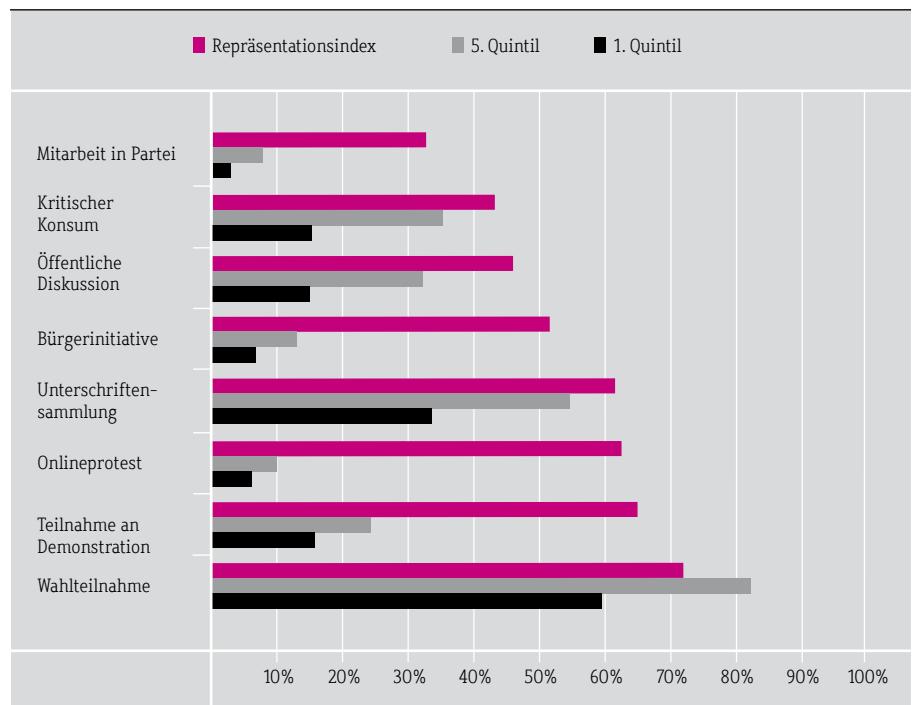


Abbildung 3

Einkommen und politische Partizipation. Abgebildet ist die Häufigkeit der Teilnahme an unterschiedlichen Aktivitäten nach Einkommensgruppen. Die Einkommensgruppen wurden auf der Grundlage des nettogewichteten Äquivalenzeinkommens gebildet. Der dargestellte Repräsentationsindex bildet das Verhältnis beider Gruppen zueinander ab. Ein Indexwert von 100 zeigt eine vollständige Gleichverteilung an.

Datenbasis: Allbus 2008 (gewichtet)

Der Sorge über sinkende Mitgliederzahlen und geringer werdende Wahlteilnahme wird häufig mit dem Argument begegnet, dass Bürgerinnen und Bürger weniger institutionalisierte Formen der politischen Partizipation vermehrt nutzen und sich politische Partizipation somit lediglich in ihrer Form verändert. Vertreter einer solchen Substitutionsthese argumentieren, dass weniger institutionalisierte Formen der Partizipation der Lebenswirklichkeit vieler Menschen besser gerecht werden und sich politische Partizipation von Wahlen und Mitgliedschaften auf punktuelle und individualisierte Formen wie Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen verlagert. Auch wenn diese Beobachtungen empirisch richtig sind, wird die Funktionalität weniger stark institutionalisierter Partizipationsformen im Vergleich zur Wahlbeteiligung und Parteimitgliedschaft stark überschätzt. Abgesehen davon, dass die Teilnahme an einer Demonstration keinesfalls die Funktion der Wahlteilnahme ersetzen kann, bleibt die soziale Schieflage weniger stark institutionalisierter Formen politischer Partizipation häufig unberücksichtigt.

Im Vergleich zu Wahlen sind die meisten anderen Partizipationsformen sogar noch stärker sozial verzerrt. Abbildung 3 zeigt die Teilnahme an verschiedenen politischen Partizipationsformen und ihren Zusammenhang mit unterschiedlichen Einkommensniveaus. Bei allen Partizipationsformen lassen sich starke Unterschiede erkennen. Selbst die niedrigschwellige Form der Unterschriftensammlungen ist mit einem Repräsentationsindex von 61,6 Prozent weit vom Idealwert entfernt. Einige Partizipationsformen, wie zum Beispiel die Mitarbeit in einer Partei, liegen noch weit unter diesem Wert.

Zum Autor

Sebastian Bödeker ist seit Herbst 2011 Doktorand in der WZB-Abteilung Transnationale Konflikte und internationale Institutionen im Rahmen des Promotionsprogramms der Berlin Graduate School of Transnational Studies. Er forscht unter anderem über soziale Bewegungen, internationale Nichtregierungsorganisationen und Fragen der politischen Partizipation.

Selbst bei Protesten gegen bestehende soziale Ungerechtigkeiten gehen überwiegend Angehörige der einkommensstarken und gut gebildeten Mittelschichten auf die Straße, wie die Proteste gegen die „Hartz-Reformen“ gezeigt haben.²

Soziale Ungleichheit als Demokratieproblem

Die Teilnahme an unterschiedlichen Formen der politischen Partizipation steigt mit der Verfügbarkeit von Einkommen und Bildung. In Deutschland führen soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung nicht zu einer gesteigerten Bereitschaft für Protest und politisches Engagement, sondern zu verstärkter politischer Apathie. Die zunehmende soziale Selektivität im Bereich der politischen Partizipation wird begleitet von einem massiven Mitgliederrückgang der Parteien und einer sinkenden Wahlbeteiligung. Insgesamt sind diese Entwicklungen durchaus besorgniserregend. Die ungleiche Teilhabe an politischen Prozessen untergräbt das demokratische Ideal politischer Gleichheit, das die gleiche Berücksichtigung von Interessen der Bevölkerung fordert. Diejenigen, die im politischen System besser repräsentiert sind und ihren Interessen Ausdruck verleihen können, werden mit größerer Wahrscheinlichkeit von politischen Reformen profitieren. Soziale Ungleichheit wird somit zu einem Problem für die Legitimität demokratischen Regierens. Die Bekämpfung sozialer Selektivität gehört auf die Tagesordnung einer Debatte über Reformen des bestehenden Systems repräsentativer Demokratie in Deutschland.

Literatur zum Weiterlesen

Bartels, Larry M. (2008): *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. New York/Princeton, NJ: Princeton University Press.

Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. OBS-Arbeitspapier Nr. 1. Frankfurt a.M.: Otto-Brenner-Stiftung, online: http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2012_02_07_Boedeker_AP_01.pdf (Stand: 30.02.2012).

Klatt, Johanna/Walter, Franz (Hg.) (2011): *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*. Bielefeld: transcript.

Merkel, Wolfgang/Petrin, Alexander (2011): Partizipation und Inklusion. In: *Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, online: http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Partizipation_und_Inklusion.pdf (Stand: 30.02.2012).

OECD (2011): *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*. Paris: OECD Publishing, online: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264119536-en> (Stand: 30.02.2012).

Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 4, Heft 1, S. 131–156.

Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hg.) (2011): *Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Der WZBrief *Zivilengagement* erscheint mehrmals im Jahr in unregelmäßigen Abständen. Er bietet knappe Analysen von WZB-Forscherinnen und -Forschern zu einem Thema aus dem Bereich Bildung.

Der WZBrief *Zivilengagement* wird elektronisch versandt. Abonnieren unter:
www.wzb.eu/de/presse/presseverteiler

Fußnoten

¹ Dieser Befund bleibt auch dann bestehen, wenn andere Faktoren wie z.B. Alter oder Migrationshintergrund kontrolliert werden. Hier werden jedoch lediglich bivariate Zusammenhänge dargestellt.

² Zum Engagement von Arbeitslosen siehe auch den WZBrief Zivilengagement 04/ Oktober 2011: http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzbrief/wzbrief_zivilengagement042011_baumgarten.pdf.

Impressum

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Social Science Research Center
Berlin

Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Herausgeberin
Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

Redaktion
Dr. Paul Stoop

Produktion
Ingeborg Weik-Kornecki

Telefon +49 (30) 25491-0
Telefax +49 (30) 25491-684

wzb@wzb.eu
www.wzb.eu